

«HalbeHalbe» kommt vors Volk

Abstimmung Es war zu erwarten, dass die Verfassungsinitiative «HalbeHalbe» nicht genügend Abgeordnete überzeugen wird. Einige wollten mit ihrem Nein auch sicherstellen, dass die Angelegenheit vor dem Volk landet. Das ist nun besiegelt.

VON DANIELA FRITZ

Chancengleichheit ist das erklärte Ziel des Initiativkomitees «HalbeHalbe», das die Verfassung um den Zusatz erweitern wollen: «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert.» Für Chancengleichheit sprachen sich gestern Abend zwar auch alle Abgeordneten aus. Durch die Bank lobten die Parlamentarier auch den Einsatz der Initianten sowie die Arbeit der Frauenorganisationen. Nicht ganz so einig war man sich, wo es hapert und wie dem zu begegnen ist.

Nur acht Abgeordnete überzeugt

Dass die erforderlichen Mehrheiten für die Verfassungsinitiative im März-Landtag zustandekommen, war jedoch schon im Vorfeld der rund eineinhalbstündigen Debatte am Mittwochabend nicht zu erwarten. Weil es sich um eine Verfassungsänderung handelt, hätte es im Landtag entweder eine Stimmeneinheitlichkeit aller anwesenden Abgeordneten oder zumindest eine Dreiviertelmehrheit in zwei aufeinanderfolgenden Landtagssitzungen ge-

Aktuelle Abstimmung		25		8		17	
FBP		VU		FDP		du	
✗ Alexander Batliner	✗ Frank Konrad	✓ Thomas Lageder		✗ Erich Hasler			
✗ Johannes Kaiser	✓ Viola Lanter	✓ Georg Kaufmann		✗ Thomas Rehak			
✓ Eugen Nägele	✗ Christoph Wenaweser	✓ Wolfgang Marxer		✗ Herbert Elkuch			
✓ Wendelin Lampert	✗ Thomas Vogt						
✗ Albert Frick	✗ Gunilla Marxer-Kranz						
✗ Susanne Eberle-Strub	✗ Rainer Beck						
✗ Daniel Oehry	✗ Manfred Kaufmann						
✗ Elfried Hasler	✓ Mario Wohlwend						
✓ Daniel Seger							
	du						
	✗ Jürgen Beck						
	✗ Harry Quaderer						

«HalbeHalbe» konnte am Mittwochabend nur acht Abgeordnete überzeugen. Am Ziel Chancengleichheit rüttelte keiner der Parlamentarier, über den Weg hingegen gingen die Meinungen auseinander. (Screenshot: VB)

braucht. Der Initiative hätten gestern also mindestens 19 von 25 Abgeordneten zustimmen müssen.

Dies war am Mittwochabend eindeutig nicht der Fall, nur acht Politiker stimmten nach rund eineinhalbstündiger Debatte mit Ja. Trotzdem haben die Initianten ihr Ziel erreicht: Ihr Anliegen muss nun näm-

lich dem Volk vorgelegt werden. Eine Abstimmung wird wohl noch vor den Sommerferien stattfinden.

Von «unnötig» bis Quotenangst

Bis dahin gilt es, noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Parlamentarier jedenfalls - auch die Frauen unter ihnen - waren kritisch.

Einige fragten sich, ob der Zusatz überhaupt einen Mehrwert bringe. Regierungschef Adrian Hasler verwies auf den heute bereits verankerten Gleichheitsgrundsatz, zudem habe Liechtenstein die UN-Frauenrechtskonvention ratifiziert. «Regierung und Landtag können jederzeit Massnahmen einleiten - und das machen wir auch», findet Hasler. «Jede Partei wäre mittlerweile glücklich, wenn die Hälfte der Kandidaten auf ihren Wahllisten Frauen wäre», betonte auch Susanne Eberle-Strub (FBP).

Bezweifelt wurde von einigen Abgeordneten auch, ob die geplante Verfassungsbestimmung am richtigen Ort angesiedelt wäre. Andere fürchteten gar, dass die ausgewogene Vertretung politischer Gremien vor Gericht einklagbar sei. Adrian Hasler fürchtete wie auch einige Abgeordnete, dass durch einen Verfassungszusatz die Grundlage für eine künftige Quote geschaffen wird.

Die Befürworter wiederum begrüßten die offene Formulierung, womit der Gesetzgeber Spielraum habe. Ein Zusatz in der Verfassung habe Strahlkraft.

Landtag: Seiten 6 und 7